

Presse-Information

„Die EUGH-Entscheidung ist das richtige Signal zur richtigen Zeit“

Trinkwasserschutz muss Vorrang genießen – neues Düngerecht kritisch prüfen

Peine, im Juni 2018 --- **Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, Deutschland wegen der Verletzung der Nitratgrenzwerte zu verurteilen, ist für die Wasserwirtschaft ein gutes Signal. „Anders als es einige Vertreter der Agrarlobby suggerieren, ist die Diskussion alles andere als überholt“, sagt Olaf Schröder, Geschäftsführer des Wasserverbands Peine. „Die EUGH-Entscheidung ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. Denn das neue Düngerecht bleibt weiter hinter den notwendigen Anforderungen eines umfassenden Grundwasserschutzes zurück. Die neuen Regeln zum Düngerecht sind nur ein erster Schritt, dem weitere schnell folgen müssen. Ein nachhaltig angelegter Ressourcenschutz braucht andere Vorgaben“, so Schröder.**

Ohne den Druck aus Brüssel sähe es um den Grundwasserschutz noch schlechter bestellt aus, ist sich Schröder sicher. „Es war die Drohung hoher Bußgelder, die erst Bewegung gebracht hat. Leider ist nach den langen Monaten der Verhandlung der Fortschritt des neuen Düngerechts wieder verwässert worden. Der Vorrang des Grundwasserschutzes ist aufgegeben worden. Wissenschaftliche Grundsätze sind in den neuen Berechnungsregeln nicht beachtet worden, wie es etwa Professor Taube aus Kiel sehr nachdrücklich beschrieben hat. Das ist sehr enttäuschend.“ Die neue Düngegesetzgebung sei aus Sicht der Wasserwirtschaft erst ein Anfang, nicht das Ende des Prozesses zum effektiven Schutz der Ressource, dieses Allgemeinguts Wasser. „Es darf nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit und sehenden Auges verschmutzt werden“, fordert Schröder.

Schröder setze darauf, dass die EUGH-Entscheidung den Dampf im Kessel hält. „Unsere Landesregierung in Niedersachsen hat nach ihren letzten Äußerungen augenscheinlich erkannt, dass bei uns im Land der Grundwasserschutz einer stringenten Umsetzung und flächendeckenden Kontrolle der neuen Vorgaben bedarf.“ Umweltminister Lies habe angekündigt, die Vorgaben strikt umsetzen zu wollen und auch zügig die Landesermächtigungen ausgestalten zu wollen. Auch die Landwirtschaftsministerin habe die Notwendigkeit von Veränderungen immer wieder bekräftigt. „Wir als Wasserwirtschaft werden diesen Weg des Landwirtschafts- sowie des Umweltministeriums in Hannover gern konstruktiv unterstützen. Beide Häuser haben das Recht des Bürgers auf sauberes Wasser betont, das ist ein gutes Signal“, so Schröder. Denn es muss endlich wieder das Verursacherprinzip gelten und die Verlagerung der Kosten und Risiken auf den Trinkwasserkunden beendet werden.

Weitere Informationen durch:

Wasserverband Peine, Sandra Ramdohr, Öffentlichkeitsarbeit, Horst 6, 31226 Peine,
Tel. +49 5171 956-317, Fax +49 5171 956-152, E-Mail: sandra.ramdohr@wvp-online.de